

KONSEQUENT-Gespräch mit Westberliner Wissenschaftlern

Von der Verantwortung des Wissenschaftlers

Im September fand in der KONSEQUENT-Redaktion ein Gespräch mit Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtungen und aus unterschiedlichen Institutionen statt, dessen gekürztes Protokoll wir auf den folgenden Seiten veröffentlichen. An dem Gespräch nahmen teil: Dr. Robert Katzenstein, Ökonom, Prof. Randolf Lochmann, Hochschullehrer für Biologie (Freie Universität), Dipl.-Chemiker Hans-Joachim Uth (Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung GmbH), Prof. Heinz Wagner, Hochschullehrer für Rechtswissenschaften (Freie Universität) und zwei Mitglieder der KONSEQUENT-Redaktion.

Redaktion:

Wir möchten Sie bitten, sich kurz vorzustellen und diese Vorstellung gleich mit der Beantwortung einer einleitenden Frage zu verbinden. In Ihren Bereichen werden zwei entgegengesetzte Anforderungen an Sie gestellt: Zum einen wird von Ihnen im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb verlangt, daß Sie Herrschaftswissen produzieren und vermitteln, zum anderen stellen Sie an sich oder andere an Sie den Anspruch, sich auf die Bedürfnisse und Fragen zu orientieren, die der Bevölkerung auf den Nägeln brennen. Wie sehen Sie diesen Widerspruch in Ihrer Arbeit?

Uth:

Mein Name ist Hans-Joachim Uth, ich bin Chemiker und arbeite am Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung GmbH; das ist eine von zwölf Großforschungseinrichtungen, die es in der Bundesrepublik und in Westberlin gibt. Bei uns arbeiten etwa 600 Beschäftigte. Wir befassen uns in erster Linie mit naturwissenschaftlicher Grundlagenforschung in den Bereichen Physik, Chemie, Elektronik, Datenverarbeitung. Solche Großforschungszentren sind Anfang der 60er Jahre entstanden als Versuch, wissenschaftliches Potential zu konzentrieren und Großgeräte wie Forschungskernreaktoren oder Teilchenbeschleuniger anschaffen und sinnvoll nutzen zu können. Beides überstieg bei weitem die Möglichkeiten der Universitäten. Man erhoffte sich also eine Effektivierung der Wissenschaftsproduktion. Anfang der 70er Jahre wurden dann diese Institute in GmbHs umgewandelt, um einen noch besseren Zugriff auf die Forschungsergebnisse zu gewährleisten. Die mit der Umwandlung verbundenen Nachteile für die Beschäftigten, Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst, Verlust der Möglichkeit der Beamtenlaufbahn usw. versuchte man u. a. mit der Aussicht auf Mitwirkung und Mitbestimmung in der sogenannten „Leitlinien-Diskussion“ schmackhaft zu machen. Dazu gab es eine Reihe von Vorschlägen und Stellungnahmen, auch von Gewerkschaftsseite, zur demokratischen Forschungsstruktur. Bei dieser Diskussion ist aber von der Substanz her nicht viel herausgekommen. Die wesentlichen Entscheidungen werden nach wie vor von der Geschäftsleitung oder übergeordneten Stellen getroffen. Von Mitwirkung oder paritätischer Mitbestimmung kann nicht die Rede sein. Was die Forschungsthemen anbelangt, so werden die durch ein weitverzweigtes System der Forschungsförderung bestimmt. Im wesentlichen

läuft das über das Bundesministerium für Forschung und Technologie. Was gefördert wird, wird in diesen Beiräten, die die Forschungsvorhaben prüfen sollen, entschieden. Die Besetzung der Beiräte erfolgt durch Berufung, also ohne demokratische Kontrolle. Die Förderung der Institute wird insgesamt immer mehr zurückgedrängt zugunsten der gezielten Projektförderung. Zum einen haben dadurch die Beschäftigten kaum mehr die Möglichkeit, Einfluß auf die Forschungsinhalte zu nehmen, zum anderen werden immer mehr nur projektbezogen angestellt, d. h. mit Zeitverträgen — an unserem Institut sind das heute schon 10 bis 20 Prozent. Und das ist inzwischen sogar auf die nichtwissenschaftlichen Angestellten, Techniker, Angestellten in der Wartung usw. ausgedehnt worden, was natürlich eine ständige soziale Unsicherheit für die Betroffenen bedeutet.

Wagner:

Mein Name ist Heinz Wagner, ich bin Dozent am Fachbereich Rechtswissenschaften der Freien Universität, also einem Fachbereich, an dem in besonders offensichtlicher Weise Herrschaftswissen vermittelt wird. Unser Fachbereich ist im Vergleich zu anderen juristischen Fachbereichen gar nicht sonderlich konservativ. Ich würde sogar sagen, daß ich, der ich mich für einen Sozialisten halte, außerordentlich große Freiräume habe, wie ich sie sonst nirgends in der Gesellschaft hätte. Aber es hat sich eben doch gezeigt, daß unsere Möglichkeiten, die Ausbildung in einem fortschrittlichen Sinne umzustrukturieren, einfach durch die Praxis, für die wir die Leute ausbilden, stark eingeengt sind. Das fängt ganz einfach an: Wir konnten wirklich gute Studienpläne und Berufungslisten im Fachbereich mehrheitlich zustande bringen, aber dann kam sofort nicht nur der Wissenschaftssenator, sondern auch der Innensenator und der Justizsenator und das Justiz-Prüfungsamt und der Präsident des Kammergerichts, kurzum: Wir wurden von allen Seiten blockiert. Aber, auch wenn das nicht wäre, so wirkten doch die Bedingungen, unter denen die Leute später arbeiten werden, ganz entscheidend auf die Ausbildung zurück. Sie arbeiten ja in eher konservativen Institutionen wie Staatsanwaltschaft, Gerichten, Personal- und Rechtsstellen der Großindustrie usw. Hinzu kommt, daß eine wichtige Funktion des Rechts ja die Status-quo-Wahrung ist, und das ist dann eine wesentliche Aufgabe der Institutionen, in denen wir arbeiten. Ein weiterer Punkt: Eine spezifisch juristische Arbeitsweise besteht darin, in der juristischen Argumentation rechts- und gesellschaftspolitische Gründe und Motive in rechtssystematische Begriffe umzusetzen; das Arbeiten mit diesen Begriffen und die so erreichte Systematik nennen wir Rechtsdogmatik. In einem solchen System sind die politischen Inhalte weitgehend ausgeblendet, und es gilt als „unjuristisch“ und „unwissenschaftlich“, den eigenen gesellschaftspolitischen Standpunkt zu benennen, also in offener Parteilichkeit zu argumentieren. Unter diesen Voraussetzungen können sozialistische Inhalte nur sehr dosiert gebracht werden. Ich mache z. B. im nächsten Semester eine Veranstaltung „Einführung in die materialistische Rechtstheorie“; kommen werden vielleicht 20 Studenten. Bei 4000 Jurastudenten ist das fast irrelevant. Bekannt bin ich am Fachbereich dadurch, daß ich eine Übung zu Polizeirecht, Verwaltungsrecht, Baurecht usw. mache. Diese Pflichtveranstaltungen müssen die Studenten dieses Semesters besuchen. Wenn ich das nicht machen würde, sondern den Konservativen die Dogmatik überließe, wie manche fordern, würde mich kaum jemand kennen. Solche Bedingungen führen dazu, daß überzeugte linke Studenten, z. T. auch bedingt durch unsere eigenen materialistischen Analysen der bürgerlichen Rechtswissenschaft, eine ausgesprochen rechtsnihilistische Einstellung bekommen. Manche flippen aus bis hin zu den Anarchos. Bei anderen schlägt diese Einstellung in dem Augenblick, in dem sie ins Berufsleben eintreten, um in eine karrieristisch-pragmatische oder in eine zynisch-resignative Haltung, weil sie dem dortigen Anpassungsdruck unterliegen oder keine Verbindung mehr sehen zu ihrem einstigen Engagement. Das sind die Probleme, die meine Arbeit bestimmen.

Lochmann:

Mein Name ist Randolf Lochmann, ich bin Hochschullehrer am Institut für Biochemie und Molekularbiologie im Fachbereich Biologie der Freien Universität. Ich vertrete die Fächer Biochemie, Molekularbiologie und Strahlenbiologie und bearbeite im wesentlichen zwei

Gebiete: zum einen das Gebiet der membrangebundenen Proteinsynthese, zum anderen das Problem der farbstoffsensibilisierten Wirkung des sichtbaren Lichts, ein Gebiet der Strahlenbiochemie. In unserer Arbeitsgruppe betreiben wir Grundlagenforschung. Wir konnten jedoch feststellen, daß das, was wir vor zehn, fünfzehn Jahren mal als Grundlagenforschung angefangen haben — anscheinend weit entfernt von jeder Anwendbarkeit —, heute bereits angewendet wird. Z. B. werden Ergebnisse auf dem strahlenbiochemischen Gebiet, das wir bearbeiten, heute schon in der medizinischen Hauttherapie angewendet, eine Anwendung, über die wir gar nicht glücklich sind, die wir aber nicht direkt beeinflussen können. Wir hatten vor einer Anwendung, wie sie heute betrieben wird, gewarnt, weil die möglichen schädlichen Folgen der Therapie, z. B. Tumorbildungen, zu wenig erforscht sind. Wir konnten uns aber nicht durchsetzen. Dieses Beispiel zeigt, daß es unbedingt notwendig ist, auch wenn man anscheinend wertfreie Grundlagenforschung betreibt, sich gleich von Anfang an zu fragen: „Wozu kann die Forschung mißbraucht werden?“ Auf der anderen Seite habe ich mich aber auch immer gegen ein verkürztes Verständnis von gesellschaftsrelevanter Forschung gewandt und die Bedeutung der Grundlagenforschung hervorgehoben. Ich bin der Meinung, daß fast jede Grundlagenforschung irgendwann in irgendeiner Weise Anwendung finden wird, und es ist eben dann auch meine Aufgabe, mit dafür zu sorgen, daß diese Anwendung für den Menschen sinnvoll ist. Nun noch etwas zu den Arbeitsbedingungen in unserem Institut: Wir haben speziell in unserem Institut eine recht demokratische Struktur. Alle wichtigen Entscheidungen werden eingehend diskutiert, und die Entscheidungen werden kollektiv getroffen. Wir können auch unsere Forschungsgebiete selbst im Rahmen des vertretenen Faches bestimmen. Aber diese vermeintliche Unabhängigkeit existiert in der praktischen Wirklichkeit gar nicht: Denn ob man wirklich relevante Forschung betreiben kann, das hängt doch von der Finanzierung des Projekts, d. h. der Stellen, der Geräte usw. ab, und die läuft zu einem großen Teil nicht über die Universität, sondern über andere Stellen. Und dort wird bestimmt, was als förderungswürdig angesehen wird und was nicht.

Katzenstein:

Mein Name ist Robert Katzenstein, ich bin Politökonom, berufsverboten, d. h., ich bin in keiner Institution eingebunden. Ich beschäftige mich mit Problemen, die für die gesellschaftliche Entwicklung, für die Arbeiterbewegung im Augenblick sehr relevant sind, nämlich mit technischem Fortschritt, also Produktivkraftentwicklung, und mit den Formen des Kapitalverhältnisses im heutigen Kapitalismus, also Monopole, staatsmonopolistischer Kapitalismus usw. Diese Gebiete führen weiter auf solche Themen wie ökonomische Krise, soziale Konflikte, die sich aus der ökonomischen Entwicklung ergeben, Fragen der Beschäftigung, der Gestaltung der volkswirtschaftlichen oder industriellen Strukturen, der territorialen Strukturen, Fragen der Konzentration des Kapitals, des Monopols, der Verteilungsfragen, der Inflation usw. Es sind also außerordentlich wichtige Fragen, und ich bin ja, da ich — gezwungenermaßen — freiberuflich tätig bin, auch frei in der Auswahl meiner Themen. Problematisch ist jedoch, daß man, wenn man institutionell nicht gebunden ist, Leute suchen muß, die in ähnlichen Richtungen arbeiten; deren Thematik ist dann aber durch den Forschungszusammenhang ihrer Institution bestimmt. Das führt zu einer Zersplitterung der Thematik, die nur schwer zu kitten ist. Zum anderen ist das natürlich auch ein Finanzierungsproblem. So bleibt meist eine Freizeitbeschäftigung, die jeder ausschließlich aus Interesse an der Sache macht, weil er sich hauptberuflich anderen Sachen widmen muß. Das alles macht es sehr schwierig, an solch relevanten Problemen wirklich konzentriert zu arbeiten und schnell Ergebnisse zu erzielen, denn solche Forschungen kann ja heute niemand mehr alleine betreiben.

Redaktion:

Sie alle wissen, daß dem normalen Sterblichen in unserer Stadt die Wissenschaft häufig als etwas Unheimliches, etwas Entfremdetes erscheint. In verschiedenen Diskussionen, z. B. kürzlich auf einem Kongreß, der von der TU und den Gewerkschaften gemeinsam veranstaltet wurde, wurde festgestellt: Wie erscheint eigentlich der Wissenschaftler dem

Arbeiter? — als Institution, in Form des Gerichts, als Arzt, als Lehrer; wie erscheinen ihm Wissenschaft und Technik im Betrieb? — als Jobkiller, als Bedrohung; wie erscheinen ihm Wissenschaft und Technik im Reproduktionsbereich? — auch als etwas Undurchschaubares, was einen Teil seines Lebens durchdringt, aber nicht von ihm beherrscht werden kann. Uns scheint, daß es wichtig wäre, dieses Mißtrauen — das ja noch verstärkt wird durch Fernsehsendungen, Sachbücher etc. —, das ja bis hin zur Wissenschaftsfeindlichkeit geht, abzubauen in der Richtung, daß diese hochspezialisierten Institutionen durchaus im Sinne und im Interesse der arbeitenden Menschen arbeiten können. Gibt es in Ihren Bereichen Ansätze dessen, was man mit „demokratischer Wissenschaft“ bezeichnen könnte, Projekte vielleicht oder Forschungsergebnisse?

Lochmann:

Ich meine, diese Wissenschaftsfeindlichkeit, diese Angst breiter Kreise der Bevölkerung vor der Wissenschaft, ist erst einmal berechtigt. Einfach deshalb, weil sie ja im Laufe der letzten Jahrzehnte immer wieder erleben mußten, daß jeder wissenschaftliche Fortschritt zwar immer so ein bißchen menschlichen Fortschritt brachte, aber auf der anderen Seite immer auch größere Probleme und größeres Leid produziert hat. Diese Zweigesichtigkeit der Wissenschaft hat sich also meist stärker zum Negativen ausgewirkt als zum Positiven. Wir sollten aber darauf hinweisen, daß das eigentlich nicht die Wissenschaft ist, die das Negative produziert, sondern eine bestimmte Einstellung zum Menschen, zur Gesellschaft, die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Ich bin zwar nicht der Meinung, daß ein Wissenschaftler alleine verhindern kann, daß die Produkte seiner Arbeit mißbraucht werden. Aber er kann *seinen Beitrag* zur Verhinderung des Mißbrauchs leisten. Und damit hilft er dann auch, die Angst vor der Wissenschaft und den Wissenschaftlern abzubauen.

Katzenstein:

Ich glaube schon, daß es solche Ansätze demokratischer Wissenschaft gibt. Gerade auf meinem Gebiet, der Ökonomie, zeigt sich, z. B. am Alternativgutachten der Ökonomen, daß Wissenschaft unmittelbar auch in gesellschaftliche Kämpfe eingreifen kann. Früher war's ja so, daß die Gesellschaft doch immer nur mit einer Seite wissenschaftlicher Erkenntnis bekannt gemacht worden ist, mit Herrschaftswissen oder herrschaftsbefestigendem Wissen, also mit Thesen, die bestehende Verhältnisse und auch bestehende Lösungsmöglichkeiten für Konflikte ökonomischer Art nicht angegriffen haben. Heute wird die Gesellschaft und werden vor allem auch die Institutionen der Arbeiterklasse mit der anderen Seite bekannt gemacht, d. h., Arbeiter werden mit wissenschaftlichen Erkenntnissen versorgt, die ihre eigene Position klarstellen, ihnen Argumente geben, ihre eigenen Interessen zu vertreten. In der Richtung, glaube ich, läßt sich noch eine ganze Menge machen. Das gilt beispielsweise auch für Arbeiten, die Kollegen von der TU zum Kraftwerksbau gemacht haben, das gilt für Umweltfragen, wo wissenschaftliche Argumente verhindern können, daß gesellschaftliche Bewegungen mit falschen oder einseitigen wissenschaftlichen Aussagen erdrückt werden.

Uth:

Ich habe vor nicht allzu langer Zeit ein Gespräch gehabt mit einer Person, die ich von ihrer Einstellung her sonst sehr schätze. Ich habe ihr erzählt, ich bin Chemiker; „ach“, sagte sie, „von Chemie verstehe ich überhaupt nichts“, und war richtig stolz drauf. Wenn man heute Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit jemandem diskutiert, für den Technik eine große schwarze Kiste ist, von deren Inhalt er nichts versteht, dann merkt man, daß da sehr viele Unsicherheiten und Ängste auftreten, und ich glaube wie der Kollege Lochmann, da ist die Angst auch berechtigt. An der Kernkraftdebatte sieht man es deutlich: Erst tritt ein Experte auf, der sagt das, dann tritt wie im Gorleben-Hearing ein Kritiker und ein Gegenkritiker auf, und jeder erzählt was anderes. Da muß doch die instinktive Abwehr gegen solche undurchsichtigen Sachen beim normalen Bürger noch verstärkt werden. Ein wichtiges Mittel, dieser Angst zu begegnen, ist — glaube ich — eine vernünftige Ausbildung an der Schule in Richtung polytechnische Ausbildung. Aber darauf kommen wir später vielleicht noch mal zurück.

Lochmann:

Zu diesem eben erwähnten speziellen Punkt: An der Diskussion um die Kernkraft läßt sich meiner Ansicht nach einiges klarmachen. Solange es noch um Atombomben oder gar Neutronenbomben geht, ist die Entscheidung für jeden einigermaßen menschlich denkenden Menschen klar, nämlich daß solche Vernichtungswaffen abzulehnen sind. Schwieriger ist es schon beim Export von Kernkraftwerken. Ganz schwierig wird's aber bei den Kernkraftwerken im eigenen Land. Ich stelle mir eine Diskussion in einem Kernkraftwerk vor: Wenn da ein Wissenschaftler auftritt mit der Erkenntnis, wie ich sie vertrete, daß jedes Kernkraftwerk in der heutigen Situation eine Gefahr für die Menschheit ist, und zwar sowohl für die lebende als auch für die zukünftige Bevölkerung, daß es unmenschlich ist, Kernkraftwerke zu bauen, dann würde ich damit schwer durchkommen. Und wenn ich mit SEW-Mitgliedern diskutiere und sage, daß heute einfach die technischen Möglichkeiten nicht gegeben sind, KKW's gefahrlos zu betreiben, und deshalb Kernkraftwerke in sozialistischen Staaten genauso gefährlich sind wie in kapitalistischen Ländern, dann gibt es da auch keine Einigkeit. Was ich damit sagen will, ist, daß das Problem, die Wissenschaftsangst abzubauen, sehr vielschichtig ist und von vielen Interessen und Zwängen beeinflußt wird.

Katzenstein:

Nur eine Bemerkung dazu: Bisher sind doch nur ein Zehntel aller vorhandenen Kernkraftwerke in der ganzen Welt in der Sowjetunion bzw. in sozialistischen Ländern gebaut. Ab Mitte der 70er Jahre wurden mittlere, ab 1975 große Einheiten gebaut. Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie ist es notwendig, auch größere Einheiten zu bauen. Aber was sehr typisch ist für technische Entwicklungen in der Sowjetunion (übrigens auch nachweisbar in bezug auf die Automatisierung), daß sie zunächst einmal die Anwendung nicht in die Breite gehen lassen, sondern als Vertiefung des Erkenntnisprozesses, als Entwicklungsprozeß betreiben.

Lochmann:

Ich würde vorschlagen, darüber mal ein eigenes Gespräch zu führen; das fände ich mal interessant und wichtig.

Redaktion:

Das sollten wir auf jeden Fall festhalten. Ein Gespräch möglichst unter Beteiligung verschiedener Fachrichtungen zu diesem Thema sollten wir uns für die nächste Zeit vornehmen.

Redaktion:

Populäre Sachbücher und Wissenschaftsmagazine im Fernsehen stellen wissenschaftliche Forschung, vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich, meist als wertneutral dar. Doch ist in der Geschichte der Atomrüstung und gegenwärtig in Fragen des Umweltschutzes deutlich geworden, daß auch der Naturwissenschaftler sich seiner sozialen Verantwortung nicht entziehen kann. Betrifft das nun nur die Anwendung seiner Forschungsergebnisse? Vor allem Friedrich Engels hat ja, ausgehend von der materiellen Einheit der Welt, kritisiert, daß die meisten Naturwissenschaftler zwar im Detail materialistisch denken, im Gesamtzusammenhang jedoch metaphysisch, idealistisch bleiben. Muß demnach nicht, wie beim Gesellschaftswissenschaftler, auch beim Naturwissenschaftler der demokratische Anspruch den Charakter seiner Forschung prägen?

Lochmann:

Ich habe vorhin schon das Beispiel unserer Arbeit auf dem Gebiet der Strahlenbiochemie erwähnt, wo von uns erzielte Forschungsergebnisse sehr schnell und gegen unseren Willen praktische Anwendung gefunden haben. Ich glaube, daß es bei der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung sowohl in der Auswahl des Forschungsgegenstandes als natürlich auch bei der sich anschließenden Anwendung keine Wertfreiheit gibt. Aber im Instrumentarium

des Naturwissenschaftlers, in der Methode, im Bezug auf die Durchführung der Forschung kann ich wohl nicht unterscheiden zwischen „demokratischem“ und „nichtdemokratischem“ Charakter der Wissenschaft. Da gibt es meiner Ansicht nach schon einen entscheidenden Unterschied zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaften.

Katzenstein:

Ich bin mir da nicht sicher bei dieser Unterscheidung. Abstrahieren wir doch einmal: Bedingungen, deren Wechselwirkungen bestimmte Gesetzmäßigkeiten hervorrufen, gibt es sowohl in der Natur als auch in der Gesellschaft. Insofern kann man sagen, auch die Gesellschaft ist ein Stück Natur. Folglich gibt es auch Gesetzmäßigkeiten, dialektische Zusammenhänge, die für meine Begriffe in allen Prozessen die gleichen sind. Doch nehmen wir jetzt einmal die Naturwissenschaft, die ja nicht immer nur angewandte Forschung ist, sondern auch Grundlagenforschung, dann ist die doch „wertfreier“ nur deshalb, weil mit ihr nicht unmittelbar gesellschaftliche Interessen berührt werden. Gehen wir vom einzelnen Forscher aus, von seiner Neugier, bestimmte Erkenntnisse zu sammeln, bestimmtes Wissen zu sichern oder Hypothesen abzustützen. Der erforscht bestimmte Naturvorgänge, zum Beispiel die Bewegung des Atoms oder überhaupt die Zusammensetzung der Materie, was zunächst einmal gesellschaftliche Interessen überhaupt nicht berührt, keinen Konflikt hervorruft — zunächst einmal. Eine andere Frage ist es, wenn die Sache dann erforscht ist und profitabel gemacht werden soll, wenn da also ein Geschäft draus werden soll. Demgegenüber die Gesellschaftswissenschaften, da werden unmittelbar Fronten aufgerissen. Nehmen wir nur einmal die Frage der sogenannten „Marktwirtschaft“: Als Politökonom kann ich klarmachen, daß es eine Marktwirtschaft bei uns im Grunde gar nicht gibt. Wir haben, gerade hier in Westberlin, ein derartiges Netz von Präferenzen, von Bevorzungen, von Subventionen, von Monopolbedingungen, daß diese ganze „Marktwirtschaft“ eine Illusion ist. Das heißt also, hier wird mit einem Begriff, der lange überholt ist, das Monopol verteidigt. Wenn gesagt wird, „Wenn ihr Nachschläge wollt oder Lohnsteigerungen, dann widerspricht das eben dem Prinzip der Marktwirtschaft“, dann wird hier wider besseres Wissen operiert, um die Lohnabhängigen einzubinden in bestimmte gegebene gesellschaftliche Zusammenhänge, kapitalistische Zusammenhänge. Und natürlich ist es explosiv fürs Kapital, ob in dieser Sache geforscht wird, ob dazu Wissen und Erkenntnisse vorbereitet werden. Und auf der anderen Seite sind solche Forschungen enorm wichtig für die Arbeiter, die sich fragen: „Wie können wir unsere Interessen durchsetzen, oder gibt es objektive Grenzen dafür? Ist diese Krise wirklich etwas Unvermeidbares, ein Naturgesetz, oder ist sie bekämpfbar, gerade mit der Durchsetzung von Lohnforderungen?“ Hier werden also unmittelbar Interessen berührt, und zwar gegensätzliche Interessen. Und deswegen, glaube ich, sind die Reibungsflächen in der Gesellschaftswissenschaft größer als in der Naturwissenschaft.

Uth:

Mit den Reibungsflächen, das würde ich auch so sehen. Ein Beispiel aus der Großforschung zeigt jedoch, daß es auch um unmittelbare ökonomische Interessen gehen kann, wenn der Gegenstand der Forschung noch sehr weit von der Anwendung entfernt ist. Das Beispiel, das ich meine, ist die Fusionsforschung. Auf diesem Gebiet arbeiten eine Reihe von Arbeitsgruppen, die ihre konkreten Ergebnisse eifersüchtig geheimhalten, da sie, wenn sie z. B. Daten von neu entdeckten Elementarteilchen veröffentlichen, anderen Arbeitsgruppen die Arbeit abnehmen und sie auf den eigenen Entwicklungsstand bringen. Damit schaffen sie eine verschärfte Konkurrenzsituation, woraus — auf die einzelnen Länder bezogen — ökonomische Nachteile erwachsen können.

Redaktion:

Im Verlauf des Gesprächs haben wir uns von verschiedenen Seiten einer Definition für „demokratische Wissenschaft“ genähert. Von naturwissenschaftlicher Seite aus wurde die demokratische Organisation des Forschungsprozesses, wurden Fragen der Mitbestimmung wie auch der Verfügungsgewalt über die Forschungsergebnisse hervorgehoben. Von gesellschaftswissenschaftlicher Seite aus spielten Fragen des Erkenntnisinteresses des

Wissenschaftlers, seiner Themenauswahl und seines methodischen Herangehens eine größere Rolle. Welches der zusammengetragenen Kriterien eine wissenschaftliche Arbeit nun als demokratisch kennzeichnen läßt, das hängt nicht nur von Erkenntnisfortschritten im jeweiligen Wissenschaftszweig, sondern auch von den politischen Rahmenbedingungen, vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis ab. Damit sind wir bei der Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis: Wie kann Wissenschaft umgesetzt werden in Tatkraft? Welchen Beitrag können Wissenschaftler leisten, um nicht nur abhängig zu sein von kapitalistischen Produktionsverhältnissen, sondern aktiv für sozialen und demokratischen Fortschritt zu wirken?

Uth:

Das beginnt eigentlich schon am Arbeitsplatz. Oft habe ich den Eindruck, daß sich Wissenschaftler bewußt davon distanzieren, wissenschaftliche Zusammenhänge plausibel zu machen, sich so auszudrücken, daß es jemand verstehen könnte. Selbst in unserem Institut, wo das Verhältnis von Wissenschaftlern und Nicht-Wissenschaftlern etwa eins zu eins ist, trifft man dann häufig eine ganz große Skepsis der Nicht-Wissenschaftler gegenüber der wissenschaftlichen Arbeit. Diese Skepsis ist darin begründet, daß sie häufig nur Anweisungen bekommen, aber nicht „eingeweiht“ werden in das, was sie machen sollen. Oft halten Wissenschaftler bewußt diesen Abstand, sonst könnten ihre Mitarbeiter ja meinen: „Das, was du machst, könnte ich ja auch, und warum kriegst du zum Beispiel BAT II a oder I b, und ich bekomme nur IV oder V?“ Das ist zwar garstig formuliert, aber ich habe den begründeten Verdacht, daß dieser Abstand um so größer gehalten wird, je größer der Mangel an Wissenschaftlichkeit ist. Das hängt gewiß zusammen mit der Legitimation, und ich glaube, eine ganze Reihe von Wissenschaftlern steckt in einer echten Krise: Sie wissen im Grunde genommen auch nicht so richtig, was sie da machen, aber sie bekommen den Auftrag, es ist ihr Job, und jetzt müssen sie das irgendwie begründen vor den Nicht-Wissenschaftlern.

Wagner:

Auf die Frage der Redaktion, wie Wissenschaft in Tatkraft umsetzbar ist, antworten wir Wissenschaftler oft recht individualistisch: Wir sind bereit, einen Beitrag zu schreiben, eine Resolution zu unterzeichnen. Das ist wenig, auch selten bewegen wir auf diese Art etwas. Damit wird unser Wissen nicht wirksam genug vermittelt. Wirksam vermitteln können wir unser Wissen wohl nur, wenn wir es in die Organisationen einbringen, in denen die werktätige Bevölkerung organisiert ist.

Katzenstein:

Es geht eben darum, gesellschaftliche Gegenkräfte aufzubauen, also wirkliche Lösungen zu finden. Nehmen wir nur die Widersprüche, die mit dem technischen Fortschritt solche sozialpolitischen Dimensionen annehmen. Das kann man faktisch nur durch Planung in den Griff kriegen. Und die ist nur durchsetzbar, wenn mit Hilfe von Wissen und Wissensvermittlung, wie sie heute relativ spontan in den verschiedenen Betrieben zustande kommt, gesellschaftliche Gegenkraft aufgebaut wird, die sich dem widersetzt, daß dieser Prozeß in dieser anarchischen Form, das heißt auch in dieser Zusammenballung, stattfindet. Wirklich konsequent, auch in bezug auf gesellschaftliche Umwälzungen, sind daher freilich nur diejenigen, die nicht privilegiert sind. Und der Wissenschaftler ist noch privilegiert, sucht oft genug noch Auswege, die ihn privilegiert lassen, genau wie der kleine Gewerbetreibende ...

Lochmann:

Ist der Wissenschaftler heute wirklich noch privilegiert? Ich bezweifle das, gerade wenn man die Arbeitslosigkeit der Akademiker im naturwissenschaftlichen Bereich berücksichtigt.

Katzenstein:

Der Akademiker wird dann aber häufig gegen die Verbreitung der akademischen Bildung plädieren, wenn die Konkurrenz größer wird. Der Abiturient wird gegen die Verbreitung des Abiturs plädieren, wenn Abiturienten eine bessere Chance haben, einen Ausbildungsplatz zu

bekommen, als Hauptschüler. Er wird auch für den Numerus clausus plädieren, wenn er dann bessere Möglichkeiten hat, einen Arbeitsplatz zu ergattern. Das sind effektive Vorteile — es sei denn, er ist politisch mißliebig. Aber darum geht es nicht. Man muß sich nur darüber im klaren sein, wenn man Gegenkräfte aufbaut, auch um zu erkennen, wo ihr eigentlicher Kern, ihre eigentliche Kraft liegt.

Lochmann:

Um einmal die Möglichkeiten anzudeuten, wie man schrittweise solche Fragen, die hier heute auch diskutiert werden, nicht nur losgelöst in Universitätsveranstaltungen thematisieren kann: Wir versuchen, zu einer guten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu kommen, mit denen wir in enger Kooperation — in unserem Fall mit der IG Chemie — Probleme der Berufspraxis von Biologen, Biochemikern und Chemikern und Probleme der Ausbildung der Studenten an der Universität diskutieren, um die Arbeitnehmerinteressen besser als bisher berücksichtigen zu können.

Uth:

Wir versuchen schon seit Jahren, wir, das ist die Betriebsgruppe der ÖTV, die Wissenschaftler zu einer Zusammenarbeit zu bewegen, zu einer langfristigen Zusammenarbeit im gewerkschaftlichen Rahmen. Das ist außerordentlich schwierig. Es fällt offensichtlich einem Wissenschaftler leichter, einmal eine Aktivität wie die Resolution gegen die Neutronenbombe zu unterstützen, zu diskutieren und auch in einer solchen Unterschriftenaktion mit dem eigenen Namen dafür geradzustehen. Aber den Schritt in Richtung einer kontinuierlichen Arbeit zu machen, beispielsweise diese ganz elementaren Arbeitsplatzprobleme anzugehen, das ist nicht so leicht. Die Haltung ist oft geprägt von dem Motto: „Ich bin jetzt hier der Wissenschaftler, so, und jetzt fragt mich mal, was ihr wissen wollt, und dann geh ich wieder.“ Dieser Schritt, so klein er sein mag, ist der Hauptschritt, den die meisten von uns erst einmal machen müssen, bis sie erkennen: „Ich sitze hier und bin als Forscher in der gleichen Lage wie mein Techniker. Und ich kann mich zwar in gewissem Maße mit meinem Chef persönlich arrangieren, aber das geht nur bis zu einer bestimmten Grenze. Denn wenn's z. B. um eine Höhergruppierung geht, dann muß ich eben zum Betriebsrat gehen.“

Wagner:

Das war ja eine der Schwächen des Bunds demokratischer Wissenschaftler, daß er zu sehr versucht hat, für die anderen da zu sein, anstatt auch die Vertretung der eigenen Interessen stärker zu betonen.

Katzenstein:

Mir scheinen nicht nur die Ebenen, auf denen demokratische Wissenschaftler arbeiten, sehr unterschiedlich, sondern auch die Ebenen, auf denen man Einfluß ausüben kann. Wir sollten da weder zu pessimistisch noch zu optimistisch sein. Um einmal einzuschätzen, wo wirklich unsere Stärken liegen, sollte man einfach davon ausgehen, daß wir Wissen vermitteln können. Wie katastrophal sich der Mangel an Wissen auswirken kann, erfahren wir täglich. Doch andererseits kann Wissen, das wir vermitteln, sich auch umsetzen in politische Aktion, ohne daß wir zitiert werden. Nehmen wir beispielsweise die Forderung nach Recht auf Arbeit. Als der Verfassungsartikel mit dem Recht auf Arbeit vor der AEG Ackerstraße verteilt wurde, und das war ein Flugblatt der SEW, in dem das abgedruckt war, da haben die meisten Arbeiter in der AEG das erst für kommunistische Propaganda gehalten. Dann haben sie sich die Verfassung besorgt, und das Wissen um dieses Recht ist dann auf jeder gewerkschaftlichen Demonstration in Form von Forderungen, in Form von Losungen immer wieder aufgetaucht. Das ist noch eine Art spontaner Prozeß, aber das Wissen wird um so direkter aufgegriffen werden, je mehr die Erkenntnis, daß Wissen auch Waffe ist und benutzt werden kann zur Artikulierung der eigenen Interessen, je mehr diese Erkenntnis in der Arbeiterklasse durch praktische Erfahrung klar wird.